

Seniorenbund bedauert «Sozialabbau»

VADUZ. Der Liechtensteiner Seniorenbund (LSB) bedauert, dass seine Anliegen bei der AHV-Revision nicht aufgenommen wurden. Mit der abermaligen Kürzung des Staatsbeitrags werde zwar der Staatshaushalt entlastet, aber auf Kosten der AHV-Beitragszahler.

Sozialabbau schreitet weiter fort

Der LSB hat sich sehr engagiert an der Diskussion um die AHV-Revision beteiligt. Wir haben unsere Standpunkte und auch Kritikpunkte in fachlich fundierten Stellungnahmen eingebracht. Dabei haben wir nicht nur kritisiert, sondern auch konstruktive Vorschläge präsentiert.

Der Landtag hat nun entschieden. Wir schätzen es sehr, dass sich verschiedene Landtagsabgeordnete für unsere Anliegen eingesetzt haben, und besonders, dass eine Mehrheit des Landtages das Teuerungsmoratorium für die AHV-Renten abgelehnt hat. Damit wird er-

möglicht, dass die 13. AHV-Rente nicht in absehbarer Zeit durch die Teuerung «aufgefressen» wird.

Leider hatten wir mit unseren weiteren Anliegen keinen Erfolg, besonders nicht mit unserer Forderung nach einem höheren Staatsbeitrag. Mit der abermaligen Kürzung des Staatsbeitrages auf nur noch 30 Millionen Franken wird zwar der Staatshaushalt entlastet, aber auf Kosten der AHV-Beitragszahler.

Alle anderen nun vom Landtag beschlossenen Massnahmen, also die Erhöhung der

AHV-Beiträge oder die Heraufsetzung des gesetzlichen Rentenalters um ein Jahr auf 65 Jahre, dienen nicht der Zukunftssicherung der AHV, sondern müssen die durch den niedrigeren Staatsbeitrag geschaffene Beitragslücke von 20 Millionen Franken kompensieren.

Der Liechtensteiner Seniorenbund stellt mit grossem Bedauern fest, dass der Sozialabbau weiter fortschreitet.

Vorstand des Liechtensteiner Seniorenbundes, Renate Wohlwend, Präsidentin